

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

24.1.1928 (No. 20)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Um das Schulgesetz

In den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien im Reich über das Schulgesetz wurde am Montag bezüglich der Kostenfrage eine Einigung dahin erzielt, daß die Reichsregierung einen Fonds bilden soll, aus dem finanziell leistungsschwachen Ländern Mittel zur Durchführung des Gesetzes zur Verfügung gestellt werden sollen. Hinsichtlich des § 20 (Simultanschule) ist es jedoch nicht gelungen, irgendwelche Wege zu finden, die zu einem Kompromiß führen könnten. Eine Annäherung der gegensätzlichen Anschauungen zwischen Volkspartei und Zentrum kann nicht festgestellt werden.

Vom Zentrum wird die Forderung der Deutschen Volkspartei, wonach in den Ländern (wie Baden), wo „nach Gesetz und Verkommen“ die Simultanschule bisher besteht, es beim Alten bleiben soll, als ganz unannehmbar und verfassungswidrig bezeichnet, weil die Verfassung den Begriff des „Verkommens“ nicht kennt. Bei Annahme einer solchen Bestimmung könnten verschiedene andere Länder, beispielsweise Sachsen, durch den Staatsgerichtshof eine Entscheidung erzwungen, wonach auch sie von der Geltung des Schulgesetzes ausgenommen werden. Zu Meldungen, daß das Zentrum entschlossen sei, seine Minister aus dem Kabinett zurückzugeben, wenn es seinen Standpunkt nicht durchsetzen könne, wird aus Berlin berichtet, daß die Entscheidung nicht in den Ausschüßberatungen fallen wird, daß das Zentrum bei diesen Beratungen vielmehr keine Konsequenzen zu ziehen gewillt sei, wenn unter Mitwirkung der Sozialdemokraten die Erhaltung der Simultanschulen beschlossen werden sollte. Die Entscheidung werde deshalb erst bei den Verhandlungen im Plenum erwartet, an das der Gesetzentwurf nach den Ausschüßberatungen weitergeleitet werden wird. Inzwischen werden die Bemühungen zu einem Ausgleich fortgesetzt werden.

Von volksparteilicher Seite werden die weiteren Aussichten der Verhandlungen außerordentlich pessimistisch beurteilt. Die Volkspartei hält, wie das W.D.-Büro hört, ihren Standpunkt in der Frage der Weiterführung der Simultanschulen aufrecht.

M. Berlin, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Es wird jetzt auch an zuständiger Stelle erklärt, daß die Lage beim Schulgesetz äußerst kritisch geworden ist. Eine Abstimmung ist heute im Ausschuß bei § 19 nicht erfolgt, sondern man hat sich auf morgen verlagert, nachdem der Reichsinnenminister v. Kuehnell eine Erklärung über die Kostenfrage abgegeben hat. Diese lautet dahin, daß den Ländern und Gemeinden vom Reich ein einmaliger Betrag von 30 Millionen zur Verfügung gestellt werden soll, daß aber das Reich grundsätzlich die Übernahme der Kosten sowohl der einmaligen wie der dauernden ablehnen müsse. Bisher sind in der Besprechung der Führer auch noch nicht einmal die Möglichkeiten einer Einigung sichtbar geworden. Man wird voraussichtlich die erste Sitzung beenden, ohne Rücksicht darauf, ob die einzelnen Paragraphen angenommen werden oder nicht, um dann einige Tage Pause eintreten zu lassen.

### Die Lage der Landwirtschaft

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien im Reich beschäftigt sich am Montag außer mit dem Schulgesetz auch mit der Kreditfrage für die Landwirtschaft. Einigkeit bestand über die Notwendigkeit dieser Hilfe, doch konnte noch kein gangbarer Weg für die Aufbringung der erforderlichen Mittel gefunden werden. Es fand jedoch am Montag eine inoffizielle Fühlungnahme der Parteien mit dem Reichsfinanzminister zur Vorbereitung weiterer Verhandlungen statt. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß diese Besprechungen zunächst dahin geführt werden, daß die Stundung der Zinsen der Rentenbankkredite für 1923 als wahrscheinlich gelten kann. Die Regierung wird sodann den hierfür notwendigen Betrag von etwa 30 Millionen RM aufbringen. Ebenso dürfte über die Ermäßigung gewisser Einkommensteuern, an denen gerade das Kleinbauernum besonders betroffen ist, eine Einigung bereits auf dem Wege sein.

W.D. Berlin, 24. Jan. (Tel.) Wie wir erfahren, haben die heutigen Vormittagsverhandlungen des interfraktionellen Ausschusses zu einer gewissen Übereinstimmung in den die Landwirtschaft betreffenden Steuerfragen geführt, dagegen ist es noch nicht gelungen, eine Einigung auf dem Gebiet der Zinsenfragen zu erzielen. Das Reichsfinanzministerium hat für die Rentenbankkredite seine Einwilligung zu einer Ermäßigung um die Hälfte der Zinsfüße erklärt, die Forderungen der Landwirtschaft gehen jedoch auf den vollen Erlaß hinaus. Zur weiteren Klärung dieser Frage ist für heute nachmittags 4 Uhr eine neue Sitzung in größerem Kreise anberaumt worden. Man hofft, daß es bei diesen Verhandlungen, bei denen auch die zuständigen Bankinstitute ihre Auffassungen über die Möglichkeiten der Erleichterungen darlegen werden, gelingen wird, der Lösung dieser für die Landwirtschaft so außerordentlich wichtigen Probleme näherzukommen.

Vorsorgegesetz für die Kleinrentner. Laut „Tägl. Handschau“ ist in den interfraktionellen Besprechungen am Montag auch der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Schaffung eines Vorsorgegesetzes für die Kleinrentner behandelt worden, und zwar ist Klarheit darüber geschaffen worden, daß der Antrag im Ausschuß weiter beraten werden soll. Es bestehen jedoch aus dem gleichen Grunde, wie bei den geplanten Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft auch hier Bedenken bei dem Reichsfinanzminister.

### Letzte Nachrichten

#### Der Sitz Dr. Luthers in der Reichsbahnverwaltung

M. Berlin, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Behauptungen des „Vorwärts“, daß Reichskanzler Dr. Luther bei seinem Ausscheiden aus dem Amt von Marx oder einem andern Reichsminister bindende Zusagen bekommen habe, den Sitz in der Reichsbahnverwaltung zu erhalten, werden von zuständiger Reichsstelle mit aller Entschiedenheit dementiert. Gleichzeitig wird erklärt, daß die Einnahmen, die mit diesem Amt verbunden sind, dem ehemaligen Reichskanzler Dr. Luther auf seine Pension voll angerechnet werden. Das Urteil des Staatsgerichtshofs in der Klage Preußens gegen das Reich wird mit Begründung dem Reichstag in den nächsten Tagen von der Reichsregierung zugeleitet werden.

#### Die Kieler Munitionsaffäre

M. Berlin, 24. Jan. (Priv.-Tel.) In der Kieler Munitionsangelegenheit wird an zuständiger Stelle erklärt, daß der Reichswehrminister keiner amtlichen Stelle irgendeinen Auftrag gegeben habe. Es seien auch keine Interessen der Landesverteidigung vorliegend, die zur Zurückhaltung zwingen oder Rücksichten erforderten. Wenn irgendwo ein Mißbrauch des Namens der Reichswehr erfolgt sein soll, wird rücksichtslos durchgegriffen werden. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann eine gleichlautende Erklärung heute abgegeben.

#### Thomas wieder in Berlin

Br. Berlin, 24. Jan. (Tel.) Die „B. Z.“ meldet: Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist heute, von Warschau kommend, in Berlin eingetroffen. Er hat heute mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Besprechungen über verschiedene sozialpolitische Fragen.

#### Das Handelsregime im Saargebiet

W.D. Paris, 24. Jan. (Tel.) „Echo de Paris“ berichtet: Die deutsch-französischen Verhandlungen über das Handelsregime im Saargebiet sind auf gutem Wege. Man wird in einiger Zeit wahrscheinlich feststellen können, daß die erforderlichen Schlüsse zur Befriedigung der beiden Länder und vor allem dem amerikanischen Bedürfnis des Saargebietes entsprechend, gezogen werden können. Zu verschiedenen Meldungen über das Eintreten sehr enger Schwierigkeiten wird an zuständiger Stelle erklärt, daß diese Nachrichten nicht zutreffen, doch gehen die Verhandlungen nur langsam vorwärts. Ebenso wird eine Meldung dementiert, daß ein Abkommen über die 20prozentige Reparationsabgabe mit Frankreich in Aussicht stehe.

#### Veröffentlichung der Note Briand's in Washington

W.D. Washington, 24. Jan. (Tel.) Die letzte französische Note über einen Vertrag zur Abtunung des Krieges, die dem Staatssekretär Kellogg am Samstag durch den französischen Botschafter Claudel ausgereicht wurde, ist gestern abend vom Staatsdepartement ohne Kommentar veröffentlicht worden. Es wird aber in politischen Kreisen allgemein erwartet, daß das Staatsdepartement zwar sicher mit den Verhandlungen zur Erneuerung des Root-Schiedsgerichtsvertrages fortfahren wird, daß aber die Weiterverfolgung des Vorschlages eines vielseitigen Vertrages zur Abtunung des Krieges fallen gelassen werden wird.

#### Die Finanzdebatte in der französischen Kammer

W.D. Paris, 24. Jan. (Tel.) Nach einer Information des „Grenzpost“ zu der heute beginnenden Kammerdebatte über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung, die sich auf mehrere Sitzungen erstrecken wird, da 15 Interpellationen vorliegen, wird Poincaré am kommenden Freitag seine wiederholt angekündigte finanzpolitische Programmrede halten.

#### Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett?

W.D. London, 24. Jan. (Tel.) Der politische Korrespondent der „Daily News“ schreibt: Innerhalb des Kabinetts bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten, die sich besonders auf zwei in der kommenden Parlamentssession einzubringende Gesetzesvorlagen beziehen, nämlich das vom Minister des Innern vorbereitete Fabrikgesetz und die vom Wohlfahrtsminister A. Chamberlain geplante Reform der Armen-gesetzgebung. Keine von beiden Vorlagen findet bei der konservativen Partei besonderen Beifall. Gerüchte über Rücktrittsdrohungen beschäftigen sich nicht, doch ist die Stimmung zweifellos erregt.

Die Kosten des Reichsschulgesetzes in Sachsen. Die „Post-Ztg.“ meldet aus Dresden, daß die Ermittlungen des sächsischen Volksbildungsministeriums ergeben haben, daß die einmaligen Kosten der Durchführung des Reichsschulgesetzes in Sachsen voraussichtlich etwa 40 Millionen RM, die laufenden Mehrkosten gegenüber dem jetzigen Zustand etwa 5-6 Millionen RM jährlich betragen werden.

### \* Um die Koalition im Reich

Man beachte folgende Tatsachen: Reichsfinanzminister Dr. Köhler hält als Beauftragter des Reichskabinetts seine Etatsrede, und ausgerechnet der Sprecher einer Regierungspartei, der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Dr. Gremer, übt scharfe Kritik an Einzelheiten dieser Rede. Darüber hinaus greift er die Reichsregierung an, weil sie angeblich in großen Fragen, welche die Nation bewegen, versagt habe. Der Fraktionsführer der Zentrumspartei, Herr v. Guérard richtet in seiner Reichstagsrede ganz offen die Mahnung „an die an vorderster Stelle stehenden Repräsentanten des Volkes“, sich doch einer größeren Zurückhaltung in ihren Kundgebungen zu befleißigen. Er bemängelt unverhohlen das Telegramm des Reichsinnenministers an die Studenten, empfiehlt dem Reichstagspräsidenten etwas mehr Zurückhaltung, läßt aber durch die ganze Formulierung seiner Mahnung erkennen, daß auch der Reichskanzler sie beherzigen sollte. Der Reichsinnenminister, Herr v. Kuehnell, vermehrt die Zahl seiner unglücklichen Bemerkungen durch eine neue, und Herr v. Guérard, Fraktionschef der Zentrumspartei, fordert gleich nach dem Sprecher der Sozialdemokratie hierwegen Aufklärung.

Weiter wird von Herrn v. Guérard ausdrücklich betont, daß die Sozialdemokratie im Reichstag eine durchaus loyale Opposition getrieben habe, während im preussischen Landtag die dortige Opposition (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) auch bei den wichtigsten Gesetzen zu dem Kampfmittel der Obstruktion greife. Und schließlich verteilt Herr v. Guérard in einer Bemerkung über das Verhältnis zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung Lob und Tadel mit folgenden beachtenswerten Worten: er stellt fest, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht worden sind, und er meint, wenn es auch nicht notwendig sei, daß der preussische Ministerpräsident dem Reiche gegenüber in Wasserstiefeln auf-trete, so sei es andererseits nicht recht verständlich, daß der rechtliche Anspruch Preußens auf den Sitz im Reichseisenbahnrat noch nicht erfüllt sei. Reichskanzler Dr. Marx erklärte auf diese Bemerkung hin, er sei unangenehm berührt davon, daß man diese Frage hier zur Sprache gebracht habe. Herr v. Guérard aber ist Vorsitzender der Reichstagsfraktion des Zentrums, desjenigen Zentrums, dessen Parteivorsitzender der Reichskanzler ist.

Herr v. Guérard erörtert in derselben Rede ganz offen die bekannte Äußerung des Reichskanzlers, daß das Zentrum weder republikanisch noch monarchistisch sei, und stellt fest, daß die Zentrumspartei geschlossen auf dem Boden ihres in Erfurt festgelegten Programms stehe, wonach sie in der Republik die Staatsform erblickt, auf deren Grundlage allein der Wiederaufstieg unseres Volkes erreicht werden kann. Herr v. Guérard ruft dann nochmals aus: „Die deutsche Republik, zu der wir stehen, marschiert!“ In dieser Erklärung braucht man nicht unter allen Umständen einen Gegensatz zu der Äußerung des Reichskanzlers zu erblicken, aber sie klingt doch wesentlich anders, und zwar wesentlich klarer und entschiedener, und könnte leicht von den anderen Parteien als eine tadelnde Verächtigung aufgefaßt werden.

Alle diese Tatsachen reden eine recht nachdrückliche Sprache. Ergänzt werden sie durch folgende Beobachtungen: das Reichsschulgesetz kommt nicht nur nicht vom Feld, sondern die Differenzen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei sind gerade in den letzten Tagen schier unüberbrückbar geworden. Die Deutschnationalen sind innerlich außerordentlich verärgert, daß man zum Reichswehrminister einen demokratisch gesinnten Mann ernannt hat. Und die Deutsche Volkspartei ist erzürnt darüber, daß man nicht einen Herrn aus ihren Reihen zum Reichswehrminister gemacht hat. Für die Regierungskoalition ist das alles eine schwere Belastung. Die „Kreuzzeitung“, eines der führenden Blätter der Deutschnationalen, hält sich vor allem an die Äußerungen des Herrn v. Guérard und bepricht sie in einer Weise, die der Öffentlichkeit ganz deutlich zeigt, wie außerordentlich brüchig der Unterbau der regierenden Koalition im Reich geworden ist. Die „Kreuzzeitung“ schreibt:

„Was will Guérard? Seine Ausführungen als bloße Wahlrede anzusehen, können als Erklärung nicht genügen, denn schließlich sei für das Zentrum die Frage, ob mit rechts oder links zu praktischen Regierungszwecken koaliziert werden solle, erst nach den Wahlen akut. Die gestrige Rede Guérards müsse jedoch den unausbleiblichen Einbruch erwecken, als ob diese Frage für Herrn v. Guérard wenigstens schon heute entschieden sei. Die „Kreuzzeitung“ nennt die Ausführungen Guérards gewollte und wohl überlegte Rücksichtslosigkeit.“

seine Marschroute aufzeigen, eine bewusste Überschreitung aller Grenzen des Tates und der Koalitionsgenossen schuldigen Loyalität. Das Wort kommt zu dem Schluss: „Für die Deutschen wird sich in aller nächster Zeit die Vornahme einer gründlichen Überprüfung der Frage ergeben, ob sie es mit dem Ansehen und der Würde ihrer Fraktion für vereinbar halten können, sich derartigen Belastungsproben für ihre Koalitionsfreudigkeit auszusetzen.“

Auch die „Tägliche Rundschau“, das Organ des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei, kann sich nicht enthalten, die Brüchigkeit der Koalition vor aller Welt festzustellen. Es geschieht das mit folgenden Sätzen:

„Die Koalitionsregierung hat in der letzten Woche schwere Erschütterungen erfahren. Die Befestigung des Reichswehrministeriums ist erfolgt, als ob die Koalition nicht bestände. Die Ernennung Grönners durch den Reichspräsidenten hätte auch erfolgen können, wenn eine Regierung der Großen Koalition oder der Weimarer Koalition bestanden hätte. Die in der Regierung sitzenden Parteien haben zu ihr nichts zu sagen gewagt, und so entsteht das seltsame Ergebnis, daß eine Ergänzung dieses Koalitionsministeriums von der Opposition lebhaft begrüßt, von den Koalitionsparteien selbst mit kühlender Zurückhaltung hingenommen wurde. Dazu kam, daß der sozialdemokratische Vorstoß gegen den Minister v. Kundell von der Koalitionspartei des Zentrums unterstützt wurde. Der Verlauf der bisherigen Etatsdebatte machte überhaupt nicht den Eindruck eines festen Zusammenhaltens der Koalition, sondern eher den der Auflösung der Schlachtrichtung vor den Wahlen. Besonders das Zentrum scheint sich auf eine Neuorientierung einstellen zu wollen, da es seiner eigenen Mannschaften nicht mehr sicher ist.“

Wer diese Ausführungen liest, und sie im Zusammenhang mit den oben mitgeteilten Tatsachen bewertet, der wird es allerdings bezweifeln müssen, ob es der regierenden Koalition gelingt, bis zum Frühjahr zusammenzubleiben.

### Dr. Wirths Erklärungen an den „Matin“

Der Pariser „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung eines seiner Redakteure mit dem früheren Reichsminister Dr. Wirth, in welcher dieser u. a. ausführte:

In den vier Ländern, welche an der Spitze der Menschheit stehen, werden in diesem Jahre die Neuwahlen stattfinden und die Mehrheit, welche dabei die Oberhand behält, wird die Menschheit orientieren. Der paneuropäische Bewegung stehe ich sympathisch gegenüber. Noch nie war in Deutschland die Atmosphäre für eine friedliche Annäherung an Frankreich günstiger als gerade jetzt. Die umfassenden Kontakte, welche sich trotz der Schwierigkeiten technischer Art in den verschiedensten Industriezweigen zwischen Frankreich und Deutschland bilden, sind die denkbar glücklichsten Symptome für die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wir versuchen, Frankreich von seiner friedlichen Seite zu sehen und ich möchte, daß man Deutschland nicht immer unter der Fiedelhaube sehen will. Aus diesen Besprechungen, welche ich mit leitenden Persönlichkeiten in Frankreich zu führen die Ehre hatte, habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich in dieser Hinsicht die Einstellung zu ändern beginnt. Durch eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich müsse der erste Schritt für einen gesunden Wiederaufbau Europas gemacht werden. Die Hauptsache ist, daß bei der Jugend der Gedanke verbreitet wird, daß der Krieg ein verwerfliches Mittel ist und daß die Völker nur durch friedliche Mittel ihren Wohlstand erhoffen können.

### Der Gesetzentwurf gegen die Splitterparteien

Wie dem „V.“ zufolge aus Reichstagskreisen verlautet, sollen am heutigen Dienstag die Beratungen der Parteien über einen Gesetzentwurf, der die Frage der Splitterparteien behandelt, beginnen, und zwar werden sich für diesen Gesetzentwurf voraussichtlich alle großen Parteien des Reichstages einsehen. Es sind bereits unverbindliche Vorschläge ausgearbeitet worden. In diesen Vorschlägen ist u. a. vorgesehen, daß für jeden Wahlvorschlag eines Wahlkreises gefordert werden kann, daß dieser Vorschlag fobiel Unterschriften Wahlberechtigter aus dem Wahlkreis aufweist, als die Hälfte der Stimmgabe beträgt, die zur Erzielung eines Mandates notwendig wäre. Weiter ist vorgesehen, daß für jeden Wahlvorschlag eines Wahlkreises die Hinterlegung eines Selbstbetrages gefordert werden kann.

Die Reichseinnahmen. Nach der neuesten Übersicht über die Einnahmen des Reiches erbrachte das Gesamtaufkommen in den ersten drei Quartalen des bis 1. April laufenden Steuerjahres 525 Millionen Reichsmark mehr als Dreiviertel des Voranschlags für das gesamte Steuerjahr von 7750 Millionen Reichsmark, so daß auch nach dem geringeren Dezemberaufkommen ein günstiges Gesamtergebnis für das Rechnungsjahr 1927 erwartet werden kann.

Die sächsischen Altkoalitionen und das Reichsbanner. Wie die „Sächsische Staatszeitung“ berichtet, hat der Landesvorstand der Altkoalitionen zu einem Beschluß des Landesverbandes des Reichsbanners, den Altkoalitionen die republikanische Staatsgewinnung abzuschließen, unter Protest Stellung genommen und seine Mitglieder im Reichsbanner aufgefordert, umgehend aus dem Reichsbanner auszutreten. Ferner hat der Landesvorstand der Altkoalitionen Partei beschlossen, sich an der kommenden Reichstagswahl über die Grenzen Sachsens hinaus zu beteiligen.

Die Waldecker Landtagswahl. Die Waldecker Partei „Der Wirtschaftsbund“ hat den Staatsgerichtshof in Leipzig angezogen, wozu die Wahlprüfung der Wahlen der Waldecker Landtagswahl. Begründet wird der Antrag, der sich auf ein juristisches Gutachten des Staatsrechtslehrers Prof. Giese, Frankfurt a. M. und Prof. Arndt, Marburg, stützt, mit der unangemessenen und ungesetzlichen Streichung von Kandidaten des Wirtschaftsbundes seitens des Wahlausschusses.

Gründung eines völkischen Kampfbundes. Am Sonntag ist in Berlin unter Beteiligung von Vertretern aus dem ganzen Reich ein völkischer Kampfbund gebildet worden. Dieser sind der Wehrwolf, das Deutschnational-Schwarzwehrt, der Nationale Gewerkschaftsbund Deutschlands E. V., die Deutsch-völkische Freiheitsbewegung, die Deutsch-sozialistische Partei u. a. m. endgültig diesem Kampfbund beigetreten. Den vorläufigen Vorsitz des Arbeitsausschusses des Bundes hat Studentrat Kloppe, Halle, übernommen.

Das Präsidium des Evangelischen Bundes nimmt in einer Erklärung zu der Ablehnung der Einigungsbestrebungen der christlichen Kirchen durch die päpstliche Engulika vom 6. Jan. Stellung und weist den Anspruch der römischen Kirche auf Alleinverwirklichung der heiligmotivenden, sichtbaren Kirche Christi sowie die Ausschließlichkeit der Lehre und der unerschütterlichen Lehrgewalt des Papstes zurück. Alle Evangelischen werden aufgefordert, das Erbe der Kirche der Reformation zu wahren. Eine zweite Erklärung wendet sich gegen alle Versuche zur Neugründung einer evangelischen Partei.

## Die Etatsdebatte im Reichstag

W.B. Berlin, 23. Jan.

Die allgemeine Aussprache über den Etat für 1928 wird fortgesetzt.

Abg. Stöder (Komm.) beantragt, einen Antrag mit zur Beratung zu stellen, wonach der Bericht des Sparkommissars Sämisch über die Phobusangelegenheit dem Reichstage zugänglich gemacht werden soll. — Dem wird entsprochen.

Präsident Löbe erklärt, diese Angelegenheit werde ohnehin noch zur Sprache kommen, weil mit einem Nachtragset die dem Reiche aus der Phobusaffäre entstandenen Kosten vom Reichstage angefordert werden müßten.

Abg. Seiffert (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

Frau Abg. Galle (Völk.) fordert eine wirksame Reform des Wahlverfahrens. Der Zentrumsantrag bringe diese Reform nicht. Er sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Der Redner fragt nach dem längst versprochenen Rentnerversorgungsgesetz und dem notwendigen Fürsorgegesetz für die Inflationsopfer. Er hält eine höhere Aufwertung als gegenwärtig für möglich.

## Politische Neuigkeiten

### Ministerpräsident Dr. Held über die Länderkonferenz

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held empfing am Montag in München die Vertreter der bayerischen und außerbayerischen reichsdeutschen Presse, um ihnen ein Bild des Verlaufes und der Ergebnisse der Länderkonferenz in Berlin zu geben. Nach den Darlegungen des Ministerpräsidenten sieht man in Bayern die wichtigsten Ergebnisse der Länderkonferenz darin, daß die Ländervertreter über die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der Weimarer Verfassung einig gewesen seien, wenn auch über den Weg dieser Änderung auf der Konferenz keine Einmütigkeit bestanden habe, und daß die Länderkonferenz Teillösungen als absolut ungewinnlich erachtet und damit sowohl den Weg der Übernahme einzelner Verwaltungszweige der Länder auf das Reich und den Gedanken der Bildung von Reichsländern abgelehnt habe. Schließlich habe der Verlauf der Länderkonferenz auch mit dem Schlagwort ausgeräumt, daß der Einheitsstaat billiger arbeite, als der Bundesstaat. Eine brauchbare Gesamtlösung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sei nach bayerischer Auffassung nur dann zu erreichen, wenn das Problem des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich in zweckmäßiger Weise gelöst würde. Dabei betont man, daß die Verhältnisse von 1871 sich auf die heutige Zeit nicht übertragen ließen. Bayern werde an der weiteren Erörterung des Problems Einheitsstaat oder Bundesstaat teilnehmen, halte jedoch daran fest, daß eine gewalttätige Lösung dieses Problems, wie von den Ministerpräsidenten der Länder auf der Konferenz selbst betont worden sei, unmöglich in der Richtung zum Einheitsstaat liege und ausgeschlossen bleiben müsse.

In der anschließenden Erörterung erklärte Ministerpräsident Held, auch der württembergische Staatspräsident Bagille habe auf der Konferenz erklärt, daß sich Bayern nie in den Einheitsstaat pressen lasse, und wenn der Einheitsstaat erzwungen werde, so werde das die allergrößte Belastung für die Einheit des Reiches sein.

### Entscheidungen des Deutschen Städtetages

Der Vorstand des Deutschen Städtetages, der am Montag in Berlin zu einer Sitzung zusammentrat, nahm einstimmig eine Entscheidung an, in der im Hinblick auf die gesteigerte finanz- und wirtschaftspolitische Spannung an die deutschen Stadtverwaltungen die dringende Aufforderung gerichtet wird, jegliche vermeintliche Ausgabe zu unterlassen.

Die deutschen Städte sollten in vollem Umfang der durch die Gesamtlage des deutschen Volkes bedingten Wirtschaft- und Finanzpolitik Rechnung tragen. Während die Wirtschaft stürmisch eine Entlastung der Realsteuern verlange und eine Reihe von Interessengruppen die Befreiung der ihnen unangenehmen Steuern betrieben und so die Gemeindefinanzen immer erneut eingeschränkt würden, seien den Gemeinden auch in den letzten Monaten fortgesetzt neue Lasten auferlegt worden. Die Wohnungsbauaufträge für 1928 sei angelegt. Das Reichsschulgesetz werde eine weitere wesentliche Lastensteigerung zur Folge haben. Die von der Wirtschaft in ihrem „Notprogramm“ aufgestellte schematische Forderung nach einer 10prozentigen Ausgabenkürzung sei bei dieser Sachlage undurchführbar. Um so dringlicher sei die Durchführung einer organischen Verwaltungsreform in Reich und Ländern. Bei ihrer Vorbereitung müßten die kommunalen Interessen die gebührende Berücksichtigung finden, wenn die Beschlüsse der Länderkonferenz zu einem positiven Ergebnis ausgearbeitet werden sollen.

In einer zweiten Entscheidung weist der Vorstand des Deutschen Städtetages den Vorwurf zurück, daß der Städte- tag bei der Propagierung der Getrenntsteuer rein fiskalische Interessen unter dem Deckmantel sozialer Reformen verfolge und die Städte ein Interesse an der Erzielung des Alkohol- verbots hätten. Ein Alkoholverbot für Deutschland erstrebe der Städte- tag nicht. Getrenntsteuern aber seien notwendig, um eine wirtschaftlich untragbare sozial ungerechte Anspannung anderer Steuerquellen zu verhindern.

### Lohnkampf im Ruhrbergbau

In einer von etwa 700 Delegierten des Alten Bergarbeiterverbandes angenommenen Entscheidung wird, wie aus Rom gemeldet wird, auf die zu niedrige Entlohnung, die erhöhten Anforderungen an die Kräfte der Bergarbeiter, auf die Unhaltbarkeit des augenblicklichen Lohntarifes und des Mehrarbeitsabkommens hingewiesen, deren Kündigung zum 30. April verlangt wird. Einem Referat des Verbandesführers, Reichstagsabg. Aufmann, ist zu entnehmen, daß angesichts der Einstellung der Arbeitgeber, die keine freiwilligen Zugeständnisse machen würden, mit einem Streik zum 1. Mai zu rechnen ist. Die Entlohnung der Bergarbeiter der Gesamtbelegschaft betrage nur 97 Prozent, die der Dauer 93 Prozent des Friedenslohnes und stünde von 24 Berufsgruppen an 15. Stelle.

Das Lohnabkommen kann erstmalig am 1. April zu Ende April

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

24. Karlsruhe, 24. Januar.

Zu Beginn der Vormittagssitzung wendet sich Abg. Bauer (D. Vp.) in einer Erklärung gegen einen Bericht der „Neuen Bad. Landesztg.“ über seine Rede bei der Reichsbanner-Stahelhelmsdebatte; er habe gerade das Gegenteil gesagt.

Nach Eintritt in die Tagesordnung begründet Abg. Kühn (Ztr.) eine förmliche Anfrage betr. die Ferngasversorgung.

Er unterstreicht die Bedeutung einer guten Gasversorgung für das flache Land, an der sich auch der Staat interessieren müsse. Es wurde darum gefragt, was das Land Baden tun wolle, um sich im Interesse der Gemeinden und Verbraucher einen möglichst weitgehenden Einfluß auf die Ferngasversorgung einzuräumen zu sichern. Der Redner weist darauf hin, daß an der Ruhr ein Überfluß an Gas vorhanden sei, während sich bei uns in Baden ein Bedürfnis geltend mache. Eine Denkschrift der Gas- und Wasserfachmänner halte die technische Möglichkeit der Durchführung der Ferngasversorgung für durchaus gegeben. Man denke dabei auch an Baden. Es bestehe u. a. der Plan einer Ferngaslinie nach dem Süden, die über Köln, Mainz, Frankfurt, Mannheim nach Stuttgart führt. Um die Gefahr eines Privatmonopols auszuschließen, sollte sich der Staat beizeiten einen gebührenden Einfluß sichern.

Staatspräsident und Innenminister Dr. Kemmele

führt zur Beantwortung aus: Das Land zählt 36 Gaswerke; ein Werk (Eningen) ist Privatwerk. In Emmendingen überwiegt das Privatkapital. Das Rastatter Werk befindet sich vorwiegend im Besitze des Gemeindeverbandes. Alle übrigen Werke sind kommunale Einrichtungen. Die mittleren und größeren Städte haben die Gasversorgung stets als eine Aufgabe der kommunalen Verwaltung betrachtet. Das Land hat keine Möglichkeit, eine Beteiligung an der Gasversorgung in Aussicht zu stellen. Es ist auf die Ausnutzung der Naturschätze angewiesen. Das Problem der Ferngasversorgung in Rheinland und Westfalen wurde aufgerollt durch die Absicht, die Kohlereien lebensfähiger und rentabler zu machen. Die Regierung ist der Meinung, daß sich die Gemeinden in erster Linie untereinander zu verständigen haben, wie sie auf derartige Pläne reagieren.

Der Minister hofft, daß über den drei Kommunalverbänden eingeleitete Kommission über die Frage der Einteilung des Versorgungsgebietes unseres Landes zu einem Ergebnis gelangen wird, durch welches die öffentlichen Interessen gewahrt werden. Wieweit die Regierung bzw. Verwaltung mitzusprechen hat, ist in § 65, Absatz 3, Nummer 2 festgelegt. So wie Baden halten es auch die übrigen Länder. Der Minister fährt fort, daß es für Baden im übrigen schwer wäre, für eine aktive Beteiligung an der Ferngasversorgung die erforderlichen Mittel aufzubringen, ganz abgesehen davon, daß es sich bei der Gasversorgung eben um eine geschichtlich gewordene Aufgabe der Städte handelt. Die Regierung ist nur bereit, sich in dem erwähnten Ausschuß vertreten zu lassen, um ihn vom Standpunkt der allgemeinen Landesinteressen zu beraten. Weiter zu gehen, sieht sie sich außerstande.

### In der Aussprache

legt zunächst

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) den Standpunkt seiner Fraktion dar. An der Ruhr würde als Nebenprodukt der Kohle das Dreifache an Gas von dem erzeugt, was alle deutschen Gaswerke insgesamt zu liefern vermögen. Die zentrale Ferngasversorgung bedeute zweifellos einen technischen Fortschritt, mit dem man in Zukunft zu rechnen haben wird. Der Redner befürchtet, daß mit der Durchführung der Pläne der Kohlenverwertungs-A.-G. das Monopol dieser Gesellschaft praktisch würde. Die Bevölkerung läme in völlige Abhängigkeit bezüglich der Gaspreise. Die Sozialdemokraten ständen deshalb dem Projekt skeptisch gegenüber. Sie halten die Lösung der Frage nur möglich, wenn sie gemeinwirtschaftlich ausgelegt wird. Die Möglichkeit des Ausbaues der bezirksweisen Gasversorgung sei gegeben und dieser Ausbau erwünscht. Der Redner bespricht dann den augenblicklichen Stand der Verhandlungen zwischen den Städten und bedauert dabei, daß sich Mannheim in einem gewissen Gegensatz zu Heidelberg befinde. Er schließt, indem er betont, daß wir alle so kommunalwirtschaftlich dächten, daß man nicht mit Kuratstimme auf privatkapitalistische Pläne eingehen werde.

Abg. Reckleiter (Komm.) begründet einen Antrag, den kommunalen Verwaltungen den Abschluß von Verträgen mit Privatgesellschaften zu verbieten und beschleunigt einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Belieferung der Bevölkerung mit Gas, Elektrizität und Wasser der privatkapitalistischen Ausbeutung entzieht und auspricht, daß die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung nur auf kommunaler oder staatlicher Grundlage durchzuführen ist.

Abg. Gündert (D. Vp.) führt aus, die Erklärung des Herrn Staatspräsidenten treffe durchaus das Richtige. Die 36 Gaswerke erzeugten insgesamt 110 Millionen Kubikmeter, wovon allein 81 Millionen auf das nördliche Baden entfallen. Käme ein Zusammenschluß von Mannheim und Frankfurt a. M. zustande, so wäre das ein bedeutender Faktor, mit dem die anderen Städte zu rechnen hätten. Vielleicht empfiehlt sich eine Beratungsstelle für die kleineren Gemeinden (etwa beim Landesgewerbeamt, wie in Württemberg). Der Redner glaubt, daß man der Entwicklung in Baden ruhig ihren Lauf lassen kann. Galt man die Fernversorgung vom Ruhrgebiet auf hunderte von Kilometern auch technisch möglich, so wird man doch wirtschaftlich mit dem Rechenstift an die Sache herantreten müssen. Ob eine Verbilligung des Gases eintreten wird, ist zu bezweifeln. Sinau kommen die Bedenken wegen der Qualität des Koks-gases und die Gefahr der Monopolstellung für die sonstigen Nebenprodukte. Endlich vertritt sich eine Stilllegung von Werken nicht mit den Gemeindefinanzen. Die Regierung möge ein aufmerksames Auge auf die Angebote der Kohlenverwertung A.-G. richten. Jedenfalls ist die Sache noch nicht genügend geklärt.

Abg. Lang (Wirt. Vgg.) führt aus, es handle sich um eine große wirtschaftliche Frage für die Städte, die gewillt sind, den Einflüssen der Kohlenverwertungs A.-G. zu begegnen. Wir sind mit der Erklärung der Regierung zufrieden.

Abg. Böhmer (Ztr.) ist der Auffassung, daß die Absicht, die Versorgungsgebiete der Werke gegenseitig abzugrenzen und eine Beratungsstelle (etwa bei den Bezirksämtern) einzurichten, nicht genüge. Eine Ferngasleitung durch Baden bis nach Basel läme auf 15-20 Millionen zu stehen. Die Hauptsache sei, daß Ordnung und Planmäßigkeit in die Dinge komme. Zu diesem Zweck wäre ein Generalplan für Baden aufzustellen. Der Redner weist darauf hin, daß Baden das fortschrittlichste Land in der Elektrizitätsversorgung sei. Wäre es auch das fortschrittlichste Land in dieser Frage werden.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) bemerkt, daß die demokratische Rathausfraktion Mannheim sich dagegen wandle, daß der Stadtrat durch den Vertrag mit der Gasgesellschaft Frankfurt a. M. eine Bindung auf 30 Jahre eingehen wolle. Er

stehe ganz auf dem Standpunkte des Abg. Maier-Heidelberg. Die Zeit müsse kommen, wo sich Mannheim, Heidelberg, Weinheim und auch Ludwigshafen zu einem Wirtschaftsverbande zusammenschließen werden. Mit den Darlegungen der Regierung könne man einverstanden sein. Auch sei zu erwarten, daß die Kommission der Kommunalverbände schon einen Ausweg finden wird.

Staatspräsident Dr. Kemmele in seiner Eigenschaft als Innenminister stellt die Undurchführbarkeit des ersten Teiles des kommunistischen Antrages fest. Was die Gesetzgebung anlangt, so stände diesem Teil des Antrages nichts entgegen. Es handle sich dabei um eine Frage der Praxis. Wir sind der Auffassung, daß die Selbständigkeit der Gemeinden in bezug auf die Gasversorgung nicht beschnitten werden soll und halten es durchaus im allgemeinen Interesse gelegen, daß die Gaswerke in der öffentlichen Hand verbleiben. Daß sich die Städte an den Tisch setzen, um sich über die Aufteilung des Landes in Versorgungsgebiete zu verständigen, hält der Minister für eine glücklichere Idee, als wenn die Regierung von oben herab irgendwie eingreifen würde. Aus diesem Grunde erübrige sich auch die Aufstellung eines Generalplanes.

Damit ist die Aussprache beendet. Abg. Reckleiter (Komm.) und Kühn (Ztr.) halten im Schlußwort an ihrer Auffassung fest.

Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) erklärte: Die Debatte hat Fragen aufgeworfen, die für alle Parteien des Hauses, mit Ausnahme vielleicht der Kommunisten, eine Selbstverständlichkeit sind. Wir können es darum nicht verfehlen, daß man aus dieser Sache eine Partei- und Fraktionsfrage mache.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) tritt dem Vorredner entgegen. Man habe mit Kanonen nach Späßen geschossen. Abg. D. Maier-Karlsruhe (Wirt. Vgg.) pflichtet dem Abg. Dr. Mattes bei.

Abg. Kühn (Ztr.) bemerkt, es sei niemandem eingefallen, aus der Frage der Gasversorgung eine Parteifrage zu machen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) beschließt die Reihe der persönlichen Bemerkungen mit dem Hinweis, daß das Fehlen der Unterschrift der Volkspartei unter einen gemeinsamen Antrag ungewollt sei.

Der kommunistische Antrag wird sodann mit 37 gegen 4 Stimmen bei 14 Enthaltungen (Sozialdemokraten) abgelehnt und folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die Regierung wird ersucht, der Frage der Gasversorgung im Interesse der Allgemeinheit wie bisher auch in Zukunft besondere Beachtung zu schenken, insbesondere zu prüfen, ob die Mitarbeit der badischen Regierung bei der Studienkommission und die Ausarbeitung eines Generalplanes zweckmäßig ist.“ (Fortsetzung des Berichts in der nächsten Nummer.)

### Kultusminister Leers über Schulfragen

In der aus dem ganzen Bezirk äußerst zahlreich besuchten Konferenz des Bezirkslehrervereins Weinheim begrüßte der Vorredner, Hauptlehrer Sachs, den als Gast amwesenden Kultusminister Leers, ferner die aus Hessen erschienenen Lehrgäste.

U. a. sprach Kultusminister Leers, anknüpfend an die Landtagsdebatten über verschiedene wichtige Schulfragen. Was die Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten in Heidelberg und Freiburg 1928 anbelangt, so waren dafür dringliche sachliche Gründe maßgebend. Die Karlsruher Lehrerbildungsanstalt sei gefüllt bis auf den letzten Platz. Wenn man vermerken wolle, daß über kurz oder lang der Lehrbedarf in Baden außerhalb gedeckt werden solle, dann müsse beizeiten für Lehrernachwuchs gesorgt werden. Ganz falsch sei die Annahme, als ob die jetzigen Junglehrer bei Bedarf immer zuerst für die Anstellung berücksichtigt werden. Der Redner sprach dann eingehend über die Lehrerbildungsfrage im Sinne eines organisch-vernünftigen Aufstiegens der Gehälter von der Anfangsgruppe bis zu den gehobenen Stellen, die jeder erreichen kann. Bei den Fortbildungsschullehrern rechtfertige sich in keiner Weise die bedauerlicherweise erfolgte Schlechterstellung. Die Ansicht, daß er die Schuld daran habe, sei gänzlich falsch. Niemand im Ministerium habe das gewollt. Es werde dahin zu streben sein, daß die Fortbildungsschullehrer in eine gehobene Gruppe kommen. Er wolle keine durch Klüft voneinander getrennte Stadt- und Landlehrer, sondern erstrebe die Einheit der Lehrerschaft zwischen Stadt und Land, zumal vom Lande immer noch die Ströme der Kraft kommen, die es auch in Zukunft zu erhalten gelte, wenn anders nicht unsere Volkstraitf erlahmen soll. Hinsichtlich der Reichsschulgesetzgebung stehen sich die Länder in Süd und Nord einander so verständnislos gegenüber, daß man nur wünschen könnte, wenn sich ein versöhnungsmäßiger Weg finden ließe, den Ländern die Regelung der Schul- und Kulturfragen selbst zu überlassen. Was ihn persönlich anbelangt, so bedauert er es, wenn man in den einzelnen Situationen verwechselt, was Gesinnung und was Urteil ist. Wenn man sein Urteil für falsch halte, so habe man doch kein Recht, an seiner Gesinnung zu zweifeln und hiergegen müsse er laut protestieren. Wie es nun wirklich kommen werde, wisse zur Stunde kein Mensch. Er fürchte, daß ein Schulgesetz kommt, das auf Baden nicht die richtige Rücksicht nimmt. Trotzdem meine er, man sollte den Dingen mit Ruhe entgegensehen. Was die Reichsvereinheitlichung anbetriift, so sei diese allerdings anzustreben, aber nicht in einer Kuratstimme, die Regelung der Schule und überhaupt der Kulturfragen wolle er erst in allerletzter Linie von Baden ausgeführt wissen. In diesen Fragen solle man den Landesregierungen ihre Selbstständigkeit möglichst lange belassen.

### Aus der Landeshauptstadt

70. Geburtstag. Gestern beging in vollster Rüstigkeit Kammermüller a. D., Hermann Beit, das 70. Geburtstag. Herr Beit hat dem Orchester des Hof- und Landestheaters vom Jahre 1887 bis zu seiner Ruhesetzung im Jahre 1923 angehört. Er ist eines der alten Mitglieder des Orchesters, die aktiv dessen Aufstieg und Glanzzeit unter Mottis Leitung erlebt haben.

Badisches Landestheater. Am Mittwoch, den 25. Januar wird das Gastspiel des jüdischen Theaters „Habima“ mit der dramatischen Komödie „Dobut“ (außer Miete) wiederholt. — Die Komödie „Kilian oder: Die gelbe Rose“ geht am Freitag, den 27. Januar, zum zweitenmal in Szene. „Rox und Morix“ und „Die Ruppenfee“ gelangen am Sonntag, den 29. Januar als Nachmittagsvorstellung zur Wiederholung. — Im Konzertsaal findet am Sonntag, den 29. Januar, die Erstaufführung des spannungsvollen Kriminalromans „Der Heger“ von Edgar Wallace in der Inszenierung durch Eugen Schulz-Weiden statt. — Samstag, den 28. Jan. gelangt Juan Vanéns Oper „Nero und Ate“ zur Uraufführung. Der Spanier Juan Vanéns ist auch in Karlsruhe bereits bestens bekannt, wo er im vergangenen Herbst als Violinvirtuose im 1. Volkskonzert einen großen Erfolg hatte. Sowohl in Deutschland, wie vor allem im Auslande, ist er bereits auch des öfteren mit eigenen Kompositionen erfolgreich an die Öffentlichkeit getreten und darf diese Oper großen Stills mit besonderem Interesse erwartet werden. Die musikalische Leitung hat der Generalmusikdirektor Josef Krips und die szenische Leitung Oberregisseur Otto Krauß.

Die Badischen Lichtspiele im Konzerthaus bieten in dieser Woche ein äußerst interessantes aber auch ein reichhaltiges Programm. Der Hauptfilm des Abends ist „Ruben, das Land der Träume.“ Die Filmexpedition hat eine schöne Reise zusammengestellt, die größten und bedeutendsten Städte Indiens werden besucht. Land und Leute aus allen Schichten, Sitten und Gebräuche der Bewohner sind im Film festgehalten. Speziell bei den religiösen Feiern versammeln sich Tausende von Menschen. Wiederum bei anderen Anlässen sehen wir die großen Festzüge mit den geschmückten Elefanten. Der Reichtum der Fürsten gestattet es, alle Feste mit großem Pomp aufzuführen. Dem Sport wird auch gehuldigt, in interessanten Aufnahmen müssen wir die Gewandtheit der Indianer bewundern. Handel, Industrie und Landwirtschaft werden gleichfalls im Film geschildert. Trotz der primitivsten Mittel, mit denen sich der Indianer behilft, zeigt er sich sehr geschickt und erfindertisch. Prachtvoll sind die Landschaftsaufnahmen und die der kunstvollen Bauten und Paläste. — Aus der Reihe der anderen Darbietungen sind die schwierigen aber interessanten Aufnahmen eines 800 Meter tiefen Kohlenbergwerkes zu erwähnen. Dieser Film zeigt, unter welch schwierigen Verhältnissen die Kohle gewonnen wird. Ein anderer lehrreicher Film „Die Bergwaadt“ lehrt uns, daß der Anstiege von unruhigen Abflüssen und Schneiden von Berggewässern Einhalt geboten werden muß. — Ein kleiner Kulturfilm und die bildreiche Opelwochenschau ergänzen die Veranstaltung. Die Polizeikapelle begleitet das Ganze. Erfreulich ist der gute Besuch der Bad. Lichtspiele.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die gestern früh noch westlich der britischen Inseln liegende Depression hat sich ostwärts verlagert und ist mit ihren südlichen Regengebieten bis zur Linie Waagen—Helgoland vorgerückt. Im Kanal und in Holland reichen stürmische Winde. Wir erwarten daher auch für Nordbaden Wetterverschlechterung, während in Südbaden unter Höneinfluß das meist trockene Wetter noch fortdauern dürfte. Voraussage für 25. Januar: Nordbaden zunehmende Bewölkung und Regenfälle bei zeitweise starken aufsteigenden Südwestwinden, höhere Lagen Schneefestwurf und Schnee, Südbaden noch meist trocken, leichte Erwärmung.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	24. Jan.		23. Jan.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.12	169.46	169.19	169.53
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.28	112.50
Italien 100 L.	22.20	22.24	22.185	22.225
London 1 Pf.	20.43	20.47	20.437	20.477
New York 1 D.	4.1905	4.1985	4.1935	4.1905
Paris 100 Fr.	16.47	16.51	16.475	16.515
Schweiz 100 Fr.	80.715	80.875	80.74	80.90
Wien 100 Schilling	59.065	59.185	59.08	59.20
Prag 100 Kr.	12.421	12.441	12.427	12.447

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung Die Wahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden.

Für die nach Artikel I der Übergangsbestimmungen zum Reichsgesetz über Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, dem Angestelltenversicherungsgesetz und dem Reichsmaßscharfgesetz vom 8. April 1927 (Reichsgesetzblatt I Seite 95) vorzunehmende Neuwahl der Mitglieder des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden wird folgendes angeordnet:

- Gemäß § 1 Absatz 2 der Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder der Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten (§§ 1851 ff. Reichsversicherungsordnung) vom 8. Dezember 1927 (Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts Seite 589) wird bestimmt, daß von den nach § 13 der Satzung der Landesversicherungsanstalt Baden in deren Ausschuß zu wählenden je 13 Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten je 11 dem Gewerbe und je 2 der Landwirtschaft angehören müssen.

- Gemäß § 5 Absatz 1 der Wahlordnung wird mit der Leitung der Wahl der Vorstehende des Landesversicherungsamts, Oberregierungsrat Dr. Ernst Klotz, beauftragt.

- Auf Grund des § 5 Absatz 2 der Wahlordnung werden für die Wahl der Vertreter der Versicherten 4 Wahlbezirke gebildet. Die Bezirke der Oberversicherungsämter Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz bilden je einen Wahlbezirk. Als Vorsteher der Wahlbezirke werden die Direktoren der Oberversicherungsämter Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz ernannt.

Karlsruhe, den 21. Januar 1928.  
Der Minister des Innern:  
Kemmele.

### 1. Expresgutverkehr nach dem Orient

Vom 1. Januar 1928 an kann in den größeren Reichsbahnstationen Expresgut nach Sofia, Stambul (Konstantinopel), Athen und Saloniki abgefertigt werden. In nicht zu ferner Zeit wird der Expresgutverkehr voraussichtlich bis Esti, Chibir und Angora, der neuen türkischen Hauptstadt, ausgedehnt werden. Gegenstände von weniger als 5 und mehr als 80 Kilogramm Gewicht werden nicht angenommen. Die Fracht ist voraus zu bezahlen. Nachnahmen sind nicht zulässig. Die Beförderung erfolgt nach Athen und Saloniki dreimal wöchentlich, und dauert z. B. nach Athen: von Berlin etwa 70 Stunden, von Dresden etwa 67 Stunden und von Karlsruhe etwa 73 Stunden. Nach Sofia und Stambul ist bis auf weiteres nur einmal wöchentlich durchgehende Beförderung vorzusehen, Beförderungsdauer nach Stambul von Berlin etwa 66 Stunden, von Dresden etwa 63 Stunden und von Karlsruhe etwa 70 Stunden. Die Fracht (einschließlich Nebengebühren) kostet für 10 Kilogramm nach Athen: von Berlin 24,30 RM, von Dresden 23,40 RM, von Karlsruhe 27,60 RM, nach Stambul: von Berlin 22,00 RM, von Dresden 21,70 RM, von Karlsruhe 25,90 RM, ferner 5 Prozent vom Wert der Sendung als Versicherungsgebühr.

### 2. Gepäckverkehr mit Griechenland

Nachdem schon seit längerer Zeit die durchgehende Abfertigung von Personen und Reisegepäck nach Bulgarien (Sofia) und der Türkei (Stambul) eingerichtet ist, wird es vom 1. Januar 1928 an möglich sein, auch nach Griechenland (Athen, Boeiffa, Saloniki und Piräus) zunächst Reisegepäck (gegen Vorlegung von zusammengestellten Fahrtscheinen oder der Reisebüros oder von aneinander anschließenden Fahrkarten) durchgehend abfertigen zu lassen und in einigen Wochen auch durchgehende Eisenbahnfahrkarten auf den Bahnhöfen zu kaufen.

### Expresgutarten

Die Expresgutarten nach veraltetem Muster — mit grünem Rand, ohne die Spalte „Bezahltes Gewicht“ —, deren Aufbrauchsfrist am 31. Dezember 1927 abgelaufen war, können noch bis 31. März 1928 weiterverwendet werden.

Die Kreisversammlung Mosbach hat mit Rücksicht auf die gespannte Finanzlage den Plan der Errichtung zweier neuer Kreiswinterschulen in den Bezirken Bertheim und Adelsheim um ein Jahr zurückgestellt. Die Unterstützung für das Badbüdener Rathaus wurde abgelehnt und die Anträge der Gemeinden bezüglich der Gemeindeförderung verschoben. Aus dem erstatteten Kreisbericht ist zu entnehmen, daß das Vermögen des Kreises im Jahre 1927 46 069 und an Gebäuden 728 000 Reichsmark mit der Kreispflegeanstalt in Krautheim beträgt. Zur Durchführung einer neuzeitlichen Straßenunterhaltung hatte der Kreis eine kurzfristige Anleihe von 200 000 Reichsmark zu 8,5 Proz. Zinsen aufgenommen. Diese kurzfristige Anleihe wurde nun in eine langfristige umgewandelt. Eine Denkschrift der Regierung über das Straßennetz sieht den Übergang von Straßen des Kreises Mosbach in den Landstraßerverband in einer Länge von rund 69,5 Kilometer vor.

Die Neuerrichtung der Landwirtschaftsschule in Tauberbischofsheim im Vorjahre hat 160 000 Reichsmark gekostet gegen 80 000 im Voranschlag. Die Kosten für die Inneneinrichtung dieser Schule einschließlich des Internats belaufen sich auf rund 30 000 Reichsmark, die von der Kreisversammlung bewilligt wurden.

Die Rheinbrücke Magau-Maximiliansau. Der Oberbürgermeister von Karlsruhe hat vor kurzem in mündlichen Verhandlungen mit dem badischen Finanzministerium zugestimmt, daß die Stadt Karlsruhe sich an den Kosten der Erbauung einer festen Rheinbrücke Magau-Maximiliansau mit einem anteiligen Betrag von 1 225 000 Reichsmark beteiligen werde. Das badische Finanzministerium teilt nunmehr den ihm vom Reichsverkehrsminister überfandenen Vorentwurf für den Rheinbrückenbau zur Kenntnis und Äußerung mit. Der Stadtrat stimmt dem Vorentwurf zu. Dabei bestätigt er mit

dem Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerausschusses einmütig die Fassung des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Stadt zur Bestimmung eines verlorebenen Kostenausschusses in der oben angegebenen Höhe.

Die Bürgermeisterwahl in Waldbühelbach ist auf Sonntag, den 5. Februar d. J. festgesetzt. Es haben sich bereits vier Bewerber um den Bürgermeisterposten aufstellen lassen.

Ostrachkorrektur. Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Korrektur der Ostrach gehen, wie aus Burgweiler (A. Pfullendorf) gemeldet wird, gut voran. Die gähen Behelfen erschweren allerdings ein schnelleres Arbeiten, die verhältnismäßig günstige Witterung gefastet aber doch wenigstens die Weiterführung der Arbeiten. In landwirtschaftlichen Kreisen ist man über die Durchführung der Arbeiten sehr erfreut, erhofft man doch von der Korrektur das Ausbleiben mancher Hochwasserschäden.




## Kammerofen-Brechkokks

des  
Gaswerks Karlsruhe

### Der gute und billige Brennstoff!

Wir liefern: ab Gaswerk frei Keller

Brechkokks I	ca. 60/90 mm für größere Zentralheizungen . . . je Ztr. RM	1,70	1,90
Brechkokks II	ca. 40/60 mm für mittlere Zentralheizungen . . . je Ztr. RM	1,85	2,05
Brechkokks III (Nullkokks)	ca. 20/40 mm für Etagenheizungen, Zimmeröfen, insbesondere für die Gaskoks-Dauerbrandöfen je Ztr. RM	1,60	1,80
Brechkokks IV	ca. 10/20 mm für Herde, auch an Stelle von Anthrazit je Ztr. RM	1,20	1,40

Bestellungen werden angenommen in unseren Verkaufsbüros  
**Kaiserallee II und Schlachthausstraße 3**  
sowie durch Fernsprecher Nr. 5350-5356

## Städt. Gaswerk Karlsruhe

Koksverkaufsstelle 85

**Eintracht**  
25. Januar (Mittwoch) 8 Uhr  
**Klavier-Abend** 25.

## Edwin Fischer

**Händel:** Chaconne G-Dur, **Bach-Busoni:** 3 Chorvorspiele, **Beethoven:** Sonate E-Dur op. 109, **Busoni:** 2 Elegien, **Mozart:** Fantasie C-Moll, Pastorale variée, **Menuelet, Schubert:** 4 Impromptus op. 142 - Karten zu 5, 4, 3, 2 RM (sämtl. numeriert) bei  
**Kurt Neufeldt**  
Waldstr. 39, Tel. 2677

## TINTE U SCHMINKE

### Presse- u. Bühnenfest 1928

am 4. Februar

in sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle in Karlsruhe

Eintrittskarten zu 10 RM sind zu haben in folgenden Geschäftsstellen:

Badischer Beobachter, Steinstraße 17  
Badische Presse, Lammstraße 1b  
Karlsruher Tagblatt, Ritterstraße 1  
Karlsruher Zeitung, Karl-Friedrich-Straße 14  
Residenz-Anzeiger, Jollystraße 21/23  
Volksfreund, Waldstraße 28 und an der Hauptkasse des Badischen Landestheaters

Hochbauarbeiten. Die Kunststeinarbeiten für den Umbau des Aufnahmehäuses Mannheim sind nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925, sowie der Verdingungsverordnung für Bauleistungen vom Jahre 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der Hochbauabteilung 2 Mannheim, Eingang östlicher Ausgang, zur Einsicht auf; daselbst Abgabe der Leistungsverzeichnisse. Angebote verschlossen, postfrei, mitentsprechender Aufschrift versehen, bis zum Öffnungstermin am Dienstag, den 31. Januar 1928, 10 Uhr, an die unterzeichnete Dienststelle einzureichen. Zuschlagsfrist 2 Wochen. Mannheim, 19. Jan. 1928. Reichsbahn-Bauamt 2, M. 353

Langnußholzversteigerung. Badisches Forstamt Gudenfeld in Forzheim versteigert nach den neuen Zahlungsbedingungen von 1927 am Mittwoch, den 1. Februar 1928, mittags 12 Uhr beginnend im Gasthaus zum Hirschen in Unterreichenbach (Magdalen) etwa 2700 im La- u. 800 im Forstgrundholzer aus Staatswaldbeständen I-XV. Vorzeiger: Die

Forstwarte Schuder und Wartus in Büchenbronn, Förster von Au in Gudenfeld, Kern in Gudenwald, Sommer in Gudenwald, Volkert in Neuhausen. Vitenauszüge und Ausfuhr durch das Forstamt (Rechnungspr. 2151). M. 358

Ihren Umzug betr. Brauchen Sie **Möbelwagen?** dann Bad. Lagerhaus Offenburger. Bestker: Willy Wagner tragen. Erfüll. bestempf. zuverl. Möbelverpackungs-Unternehmen.



### Badisches Landestheater

Mittwoch, 25. Januar 1928

Außer Miete (erstes Vorrecht Miete F) Einmaliges Gastspiel des Mostauer hebräischen Künstlertheaters „Gabin“

### Dybul

Regie: E. Wachtangow  
Musik: J. Engel  
Szenische Leitung: J. Rubinstein  
Musikalische Leitung: G. Kompaneck

1. Dattan	Barak
2. Dattan	Tschemerinshy
3. Dattan	Ben-Chaim
Weir	Benjamin
Ghanan	Barshaver
Genod	Biniar
Weschullach	Rudfin
Gnesia	Biniar
Sender	Bertonoff
Seah	Rowina
Frieda	Jubelenitshy
Wass	Robius
Wäfer	Rudaloff
	Wul
	Zuina
Senders	Rudaloff
	Wit-Blon
	Friedland
Sundel	Ben-Chaim
Schlem	Wul
Berfschit	Weskin
Rafael	Biniar
Dwoofa	Biniar
Dreifel	Badwit
Jachne	Eidelmann
Babische	Sendler
Nyocia	Factorowitsch
Uta	Gowinitsch
Menafche	Biniar
Nachmann	Rubinstein
Mendel	Barak
Uziel	Tschemerinshy
Michael	Friedland
Schamschon	Wul
	Weskin
	Chaim
	Barshaver
Chaffidim	Barak
	Biniar
	Sendler
	Rubitsch
	Benjamin
	Njafanziff

## Pfälzische Hypothekenbank

Zweite 10%ige Teilausschüttung aus der Teilungsmasse der Pfandbriefe alter Währung.

Mit Genehmigung unserer Aufsichtsbehörde werden wir gemäß Artikel 84 D.V. zum Aw.G. eine **zweite Ausschüttung** in Höhe von wiederum 10% und zwar in Form von weiteren 4 1/2% **Liquidations-Goldpfandbriefen** mit Zinslauf ab 1. 1. 1928 vornehmen. Die Ausschüttung erfolgt gegen Einlieferung des **Ratenscheins Nr. 1** zu den mit der ersten Ausschüttung ausgegebenen Anteilscheinen und in der Weise, daß der auf dem Ratenschein Nr. 1 aufgedruckte Goldmarkbetrag dem Nennwerte des neu auszureichenden Liquidations-Goldpfandbriefs gleichkommt.

**Anteilscheine zu den Goldpfandbrief-Zertifikaten** (Farbe gelbbraun) sind vorläufig **nicht einzureichen**, da wir den Inhabern von Anteilscheinen zu Zertifikaten demnächst mit Genehmigung unserer Aufsichtsbehörde eine Barabfindung anbieten werden.

Wir fordern die Inhaber der Ratenscheine Nr. 1 zu unseren Liquidations-Goldpfandbriefen (Farbe blau) auf, sie unter Verwendung von **Formblättern** einzureichen bei unserer Filiale München, Promenadestraße 6, jedoch nur in den Vormittagsstunden. Hiergegen werden sofort die Liquidations-Goldpfandbriefe porto- und spesenfrei ausgereicht. Die Formblätter sind bei uns selbst, bei unserer Filiale München, Promenadestraße 6, und bei allen Banken und Bankgeschäften erhältlich.

Wird eine **Umschreibung (Vinculierung)** der Liquidations-Goldpfandbriefe auf Namen gewünscht, so ist in **allen Fällen ein Antrag erforderlich**; für den Antrag ist ein **Raum in unserem Einreichungsformblatt vorgesehen**.

H. 86

Ludwigshafen a. Rh., im Januar 1928.

## Städt. Sparkasse (Öffentl. Sparkasse) Ettenheim i. B.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Kassenbestand . . . . .	11 142,02	1. Spareinlagen . . . . .	770 600,13
2. Guthaben bei Girozentrale und Banken . . . . .	44 553,68	2. Giroeinlagen . . . . .	60 104,04
3. Wertpapiere . . . . .	35,-	3. Anlehens- und andere Schulden . . . . .	90 525,29
4. Wechsel . . . . .	15 673,35	4. Einnahmerückstände . . . . .	58,33
5. Darlehen a. Hypotheken . . . . .	234 683,10	5. Referenzfonds . . . . .	54 762,79
6. Grundstückaufgelde . . . . .	84 242,18	6. Reingewinn für 1926 . . . . .	33 642,61
7. Darlehen in laufender Rechnung . . . . .	319 743,94		
8. Darlehen auf Schuldscheine . . . . .	216 702,-		
9. Lombarddarlehen . . . . .	10 300,-		
10. Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände . . . . .	63 331,85		
11. Giroverbindlichkeiten . . . . .	251,21		
12. Grundstücke . . . . .	71,-		
13. Geschäftskassen . . . . .	1,-		
14. Einnahmerückstände . . . . .	8 962,86		
	1 009 693,19		1 009 693,19

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 830 704,17 RM Einlagen . . . . . 66 456,32 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres . . . . . 88 405,40 RM  
Somit mehr . . . . . 21 949,08 RM

Ettenheim, den 14. Dezember 1927. M. 360

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: **Marlo.** Der Geschäftsleiter: **Wachenheim.**

## INTERNATIONALER FASCHISMUS

Broschiert 7,80 RM., gebunden 9 RM.  
Herausgegeben von Dr. C. Landauer und Dr. H. Honegger.

In diesem Buch sprechen die Faschisten selbst, ebenso aber auch ihre Kritiker. Der Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium der Korporationen, Giuseppe Bottai, hat für diesen Band geschrieben. Neben seinem Beitrag steht der einer ungenannt bleibenden hervorragenden Persönlichkeit der italienischen Opposition. Über die faschistischen Strömungen und Organisationen in Deutschland berichtet der bekannte völkische Schriftsteller Helmuth Franke, vor kurzem noch Herausgeber der „Standarte“. Mit ihm wie mit dem Faschismus überhaupt setzt sich Professor Bonn auseinander, der zu den geistigen Führern der deutschen Demokratie gehört. Weil das Werk sich von jeder Einseitigkeit freihält, erfährt man aus ihm, was der Faschismus wirklich ist.

Die Schilderung einer der größten geschichtlichen Krisenzeiten des modernen Europa  
Ausgabe des Werkes Mitte Januar 1928.

VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE

## Öffentliche Sparkasse Wiesental.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
Kassenbestand . . . . .	9 703,22	Spareinlagen . . . . .	236 275,73
Guthaben beim Postsparkassent.	358,37	Giroeinlagen . . . . .	8 312,83
Darlehen auf Hypotheken . . . . .	173 771,92	Anlehens- und andere Schulden . . . . .	62 598,62
Darlehen auf Schuldscheine . . . . .	131 501,-	Rücklagen (Referenzfonds) . . . . .	17 935,44
Betriebskapital (Giro) . . . . .	5 000,-		
Einnahme-Rückstände . . . . .	4 530,51		
Inventorywert . . . . .	257,60		
	325 122,62		325 122,62

**Berechnung der Rücklagen:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus Einlagebestand 244 583,56 RM . . . . . 19 567,04 RM  
Sie beträgt am Schluß des Rechnungsjahres 1926 . . . . . 17 935,44 RM  
Es fehlen somit . . . . . 1 631,60 RM

Wiesental, den 31. Dezember 1927. M. 344

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: **Roth.** Der Geschäftsleiter: **Soffmann.**

## GESUCHT

in der Schuh- und Lederbranche gut eingeführter

## General-Vertreter

für Auslieferungslager erstklassigen, neuen amerikanischen Schuhpflegemittels. - Sehr kulante Bedingungen, weitestgehendste Unterstützung. - Eingehende Angebote mit Referenzen an

## MARKT & CO., Abt. „Planet Jr.“

Hamburg 1, Chilehaus 78

## COLOSSEUM

Waldstraße 16  
Telephon 5599

Bis 1. Februar täglich

## Die große REVUE

Das lebende Magazin

Anfang 20 Ende nach 22 1/2  
I. Rang und I. Sperrst. 6 RM

Do. 26. Jan.: La Traviata.  
Fr. 27. Jan. Kitan oder:  
Die gelbe Rose